



ENO mbH • Elisabethstraße 40 • 02826 Görlitz

An alle Bieter

Entwicklungsgesellschaft
Niederschlesische Oberlausitz mbH

Elisabethstraße 40
02826 Görlitz

Telefon: +49 (0) 3581 - 3 29 01-0
Telefax: +49 (0) 3581 - 3 29 01-10

info@wirtschaft-goerlitz.de
www.wirtschaft-goerlitz.de

Ihre Nachricht vom

unser Zeichen

unsere Nachricht vom

Ort, Datum

Seite

Görlitz, 10.07.2024

Aufforderung zur Angebotsabgabe

Bezeichnung der Leistung:

„Entwicklung eines umsetzbaren Modellkonzeptes für Mobilitäts-, Nahversorgungs- und Begegnungsstationen im Landkreis Görlitz unter Einbeziehung neuer/ alternativer Finanzierungsmodelle“

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag des Landkreises Görlitz unterstützt die Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH (ENO) im Rahmen des Projektes „Multiprojektmanagement Strukturwandel im Landkreis Görlitz – Strukturwandel-Taskforce“ (gefördert aus Mitteln der Förderrichtlinie „STARK“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz) die Erarbeitung eines umsetzbaren Modellkonzeptes für Mobilitäts-, Nahversorgungs- und Begegnungsstationen im Landkreis Görlitz unter Einbeziehung neuer/ alternativer Finanzierungsmodelle. Dieses Vorhaben steht als Voraussetzung für die erfolgreiche Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum im Einklang mit den strategischen Zielen des Landkreises Görlitz und stellt einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel dar.

Für dieses Vorhaben beabsichtigt die ENO nachfolgend beschriebene Leistungen im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung nach § 3 (1) VOL/A zu vergeben. Aufgrund des einstufigen Verfahrens sind Nachverhandlungen verboten.

Wir freuen uns über Ihre Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Mimus
Geschäftsführer

1. Ausgangssituation

Der Landkreis Görlitz steht aufgrund des Strukturwandels vor bedeutenden Herausforderungen, der wirtschaftliche, demografische und ökologische Veränderungen mit sich bringt. Die Taskforce Strukturwandel hat bereits wichtige Arbeit geleistet, um Projekte zu entwickeln, die diesen Herausforderungen entgegenwirken sollen. Dabei wurde unter anderem das Thema der besseren Erreichbarkeit ländlicher Regionen sowie die Erhöhung der Attraktivität von Gemeinden fokussiert. So ist neben der Sensibilisierung vor Ort und einem strategischen Netzwerk aus Expert:innen der Verkehrsbranche, ein erster Ansatz mit der „Lausitz-Haltestelle“ entstanden, der als multifunktionale und modulare Mobilitätsstation im ländlichen Raum fungieren soll.

Das bereits im Landkreis Görlitz erfolgreich entwickelte Grundkonzept der „Lausitz-Haltestelle“ beinhaltet erweiterte Funktionen und Services, die sowohl physisch als auch digital an einem zentralen Ort gebündelt werden. Mit der vorliegenden Ausschreibung soll die landkreisweite Umsetzung dieser Mobilitätsstationen durch planerische Untersetzung im Konzept der „Mobilitäts-, Nahversorgungs- und Begegnungsstationen“ (MoNaBe) vorbereitet werden. Der Fokus liegt auf der Entwicklung eines umsetzbaren Modellkonzepts für den Landkreis Görlitz, das modular auf mehrere Standorte in der Region angewendet werden kann und ein Netz aus MoNaBe-Stationen entstehen lässt.

2. Beschreibung des Vorhabens

Die Idee der "Lausitz-Haltestelle" ist innerhalb der Arbeit des Lausitz Cluster Mobilität (Netzwerk mit Vertretern der Kommunen, des Landkreises, der Wirtschaft und Mobilitätsbranche) entstanden, wobei sich allgemein auf die Gestaltung von Mobilitätsstationen im ländlichen Raum konzentriert wurde, welche die Zusammenführung von Angeboten und Leistungen fördern sollen. Die Ergebnisse dieses Projektes haben wertvolle Erkenntnisse und einen Leitfaden zur Unterstützung der Kommunen hervorgebracht und damit eine erste Sensibilisierung für das Thema alternativer Mobilitätsangebote und Anbindung von Logistiklösungen geschaffen. In dieser Phase wurde deutlich, dass die Implementierung neuer Mobilitätsangebote einen zusätzlichen Mehrwert bieten muss, unter anderem spielen im ländlichen Raum die soziale Komponente und das Angebot von Einkaufsoptionen, sowie die Verknüpfung zu Logistikangeboten eine wichtige Rolle. Die nächste Phase besteht nun darin, diese Erkenntnisse weiterzuentwickeln, um die Umsetzung an Standorten im Landkreis Görlitz zu ermöglichen.

Die Mobilitätsstationen nach der Konzeption der „Lausitz-Haltestelle“ bieten daher neben klassischen ÖPNV-Elementen wie Überdachung, Informationsstelle, Fahrradunterstand und Sitzgelegenheiten auch erweiterte Dienstleistungen wie Fahrradverleih und -ladestation, digitale Echtzeitinformationen etc. - insbesondere die Möglichkeit der künftigen Einbindung von Mikro-Logistiklösungen schafft zusätzliche Nutzungsoptionen und erhöht das Interesse weiterer Zielgruppen an dem Konzept und dessen Umsetzung.

Insbesondere die Option, Standorte von „Lausitz-Haltestellen“ als Warenumschlagsplatz oder als Standort für Regiomaten zu nutzen, erweitert das Angebotsspektrum erheblich und erschließt den gesamten Bereich der Regiologistik und der Vermarktung, speziell mit dem Schwerpunkt heimischer Produkte und der Schließung regionaler Wertschöpfungsketten. Dadurch entsteht ein ganzheitliches Konzept, das über das klassische ÖPNV-Angebot hinausgeht und die Bedürfnisse der Bevölkerung besser berücksichtigt. In Folge sollen weiterführende Geschäftsmodelle und wirtschaftliche Potenziale für lokale Unternehmen entwickelt werden.

3. Ziel- & Aufgabenstellung

Mit der vorliegenden Ausschreibung sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Erkennbar und nachweisbar ist die Stärkung des ÖPNV im ländlichen Raum zu bearbeiten durch die Konzeption neuer/ alternativer Finanzierungen und die Sicherstellung der Nahversorgung durch die Unterstützung bezahlbarer lokaler/ regionaler Logistikkösungen
- Beitrag zur Steigerung der regionalen Wertschöpfung durch die Implementierung von Lösungskonzeptionen im Themenschnittfeld von Logistik und Mobilität, auf Basis der Konzeption „Lausitz-Haltestelle,“ und zur Schaffung einer Anschlussfähigkeit für den Rahmen einer multimodalen Logistik im ländlichen Raum
- Stärkung der Wirtschaft und Sicherstellung der Nahversorgung durch den Aufbau eines bezahlbaren, regionalen Logistiksystems unter Einbeziehung relevanter Akteure (u.a. Unternehmen im Landkreis Görlitz)
- besserer Zugang zu ÖPNV-Angeboten und/oder Steigerung der Erreichbarkeit von Nahversorgungsortsangeboten durch Haltestellenverdichtung (beispielsweise temporäre Haltestellen (unter Beachtung der Barrierefreiheit)
- Start in einen Umsetzungsprozess, welchen allen in der Region einen Mehrwert bietet durch die Stärkung der Wirtschaft: Erhalt von Arbeitsplätzen, Steigerung der Standorterreichbarkeit für Kunden und Mitarbeitende
- Sichtbarmachung des Innovationspotenzials der „Lausitz-Haltestelle“ als Rahmenkonzeption, aktive Platzierung für den Imagegewinn durch Öffentlichkeitsarbeit im Landkreis Görlitz und überregional darüber hinaus

Für die Auftragsumsetzung beinhalten die folgenden Dokumente grundlegende Vorgaben und sind durch den Auftragnehmer bei der Vorbereitung und Umsetzung der Arbeitsaufgaben entsprechend zu beachten und werden Vertragsbestandteil.

- Landesentwicklungsplan Freistaat Sachsen 2013, auch im Kontext seiner Fortschreibung
- Regionales Vernetzungskonzept Landkreis Görlitz 2022 sowie Regio-Netzwerk um Marktschwärmereien / Direktverkauf / Hof- und Regioläden / Bio-Regio-Region Lausitz und Bio-Regio-Region Dresden/Lausitz
- Regionalplan Oberlausitz-Niederschlesien 2010, auch im Kontext seiner Fortschreibung
- Nahverkehrsplan Oberlausitz-Niederschlesien
- Bestehende Nahversorgungs- und Mobilitätskonzepte im Landkreis Görlitz (u.a. Leitfaden der „Lausitz-Haltestelle“)
- Bestehende Konzepte zur regionalen Nahversorgung und Mikrologistik in ländlichen Räumen des Bundesverbandes der Regionalbewegung
- Entwicklungskonzeption „Lausitz 2025“ (Wirtschaftsregion Lausitz)

Unter diesen Maßgaben sind insbesondere folgende Schwerpunkte zu berücksichtigen (die folgende Auflistung ist nicht abschließend und kann gern ergänzt werden):

- Berücksichtigung der aktuellen Datengrundlagen für bestehende Standorte der Nahversorgung in ländlichen Kommunen unter Nutzung bestehender Konzepte
- Ausgewählte Befragung(en) und Beteiligungsformate vor Ort, sowie eigene Recherchen des Auftragnehmers zu geeigneten Multiplikatoren für die Befragungen und deren aktive Einbeziehung

- Berücksichtigung relevanter Vorarbeiten / Konzepte, welche bereits im Rahmen von Projekten entwickelt worden sind, insbesondere in den Themenbereichen ÖPNV, Verknüpfung von Nahversorgung und Logistik, Konzeptansatz des laufenden Projektes PriMa+ÖV
- Berücksichtigung regionaler Herausforderungen und Bedarfe

Aufgabenschwerpunkte:

Bestandsaufnahme und Bedarfserfassung

- Einbeziehung regionaler, relevanter Akteure (Befragungen etc.)
- Durchführung von Standortanalysen
- Ermittlung allgemeiner Handlungsempfehlungen für die Auswahl geeigneter Standorte

Konzeption und Entwicklung von Finanzierungsmodellen

- Entwicklung eines Mobilitäts-, Begegnungs- und Versorgungskonzeptes im ländlichen Raum unter dem Dach der "Lausitz-Haltestelle" zur Förderung der sozialen Gemeinschaft (u.a. Mitnahme, Fahrgemeinschaften, Nachbarschaftshilfe), und digitalen Vernetzung (Informationen, Anbieter und Warenströme)
- Entwicklung von Geschäfts-/ Finanzierungsmodellen für die Anbindung und Vermarktung von existierenden und zukünftigen Dienstleistungen mit dem Fokus auf Mobilität, etwa im Bereich Mobility-as-a-Service, Bedarfsverkehr und Mikromobilität
- Integration von Mikro-Logistik-Tools für die Förderung der regionalen Wertschöpfung und die Schließung von Lücken in den lokalen und regionalen Wertschöpfungs- und Vermarktungsketten
- Erarbeitung einer Wirtschaftlichkeitsanalyse zur Darstellung der neuen/ alternativen Finanzierungsmodelle

Initiierung des Umsetzungsprozesses

- Implementierung notwendiger Softwarelösungen/ Plattformen inkl. Demonstrationen als Test für relevante Akteure

4. Abstimmungen mit dem Auftraggeber

Die Konzepterarbeitung erfolgt in enger Kooperation mit dem Auftraggeber. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die Aktivitäten sowie Ergebnisse regelmäßig mit dem Auftraggeber abzustimmen. Hierfür können bei Bedarf kurze telefonische oder videobasierte Statusgespräche mit dem Auftraggeber durchgeführt werden. Bei Bedarf sind weitere Akteure und ggf. externe Akteure einzubinden und zu beteiligen. Es ist wünschenswert, dass der Auftragnehmer auch Termine vor Ort wahrnimmt. Dies ist vorher mit dem Auftraggeber abzustimmen. Ein Vorschlag zur Anzahl soll im Angebot unterbreitet werden.

5. Zwischen-/ Endbericht und Datenübergabe

Dem Auftraggeber ist der Zwischen-/ Endbericht in digitaler Form und frei von Rechten Dritter zu übergeben. Für die Erstellung des Zwischen-/ Endberichtes sind zwei Korrekturschleifen einzuplanen. Sämtliche Rohdaten sowie Texte, Tabellen, Grafiken und Präsentationen müssen dem Auftraggeber in bearbeitbaren Formaten (z.B. MS Word, MS Excel, MS PowerPoint etc.) zur Verfügung gestellt werden.

6. Bewerbungsbedingungen

6.1. Anforderungen an das Angebot

Das Angebot muss in deutscher Sprache verfasst sein. Die Abgabe des Angebots muss bis einschließlich 12.08.2024, 12:00 Uhr auf der Vergabeplattform eVergabe eingereicht werden.

Das Angebot soll so aufgebaut und konzeptionell untersetzt sein, dass für den Auftraggeber klar erkennbar und bewertbar ist, wie die Inhalte der Ausschreibung nach Positionen gegliedert und umgesetzt werden sollen sowie mit Kosten hinterlegt sind. Es ist ebenfalls aufzuführen, welche fachlichen Expertisen ggf. auch von Dritten eingeholt werden sollten.

Zur Erbringung der Leistungen ist qualifiziertes Personal einzusetzen. Die regionale Kenntnis und Vernetzung sind im Angebot zu belegen.

Nachauftragnehmer mit gleicher Eignung und Qualität sowie Bietergemeinschaften sind im Verfahren zulässig. Der Auftragnehmer garantiert die Erfüllung finaler Qualitätsanforderungen im Falle des Einsatzes von externen Dienstleistern bzw. „Nachunternehmern“.

Der Auftragnehmer garantiert die Zusammenarbeit mit den Projektmitarbeitenden der ENO für die Erstellung der Studie und handelt stets nach den Zielstellungen des Landkreises Görlitz.

6.2. Bewerberfragen und Informationen zur Ausschreibung

Fragen zur Leistung und zum Verfahren werden ausschließlich in Textform über die Vergabeplattform und nur bis spätestens zum 10. Tag vor Bewerbungsende entgegengenommen und unverzüglich beantwortet.

Alle Antworten auf Bewerberfragen sowie eventuelle Ergänzungen oder Änderungen an den Vergabeunterlagen werden ausschließlich auf dem Vergabeportal „evergabe.de“ (<https://www.evergabe.de/>) unter der gleichen ID Nr. wie der zur Bekanntmachung dieser Vergabe veröffentlicht und stehen dort ebenfalls zum Download zur Verfügung.

Nur Bewerber, die sich zum Download der Vergabeunterlagen auf dem Vergabeportal „evergabe.de“ registriert haben, erhalten eine automatische Mitteilung über diese Bewerberinformationen. Anderen Bewerbern obliegt es eigenverantwortlich, sich über Antworten auf Bieterfragen sowie eventuelle Ergänzungen oder Änderung an den Teilnahmeunterlagen zu informieren.

Wir weisen darauf hin, dass die Nichtbeachtung dieser Informationen zu fehlerhaften Angeboten führen könnte.

Die interessierten Unternehmen und freiberuflich Tätigen werden gebeten, die Unterlagen nach Erhalt unverzüglich auf Vollständigkeit und auf etwaige Unklarheiten zu prüfen. Enthalten die Unterlagen nach Auffassung eines Bewerbers unklare Regelungen oder werfen sie Fragen

auf, die die Erstellung des Teilnahmeantrages oder die Preisermittlung beeinflussen können, so hat der Bewerber den Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen.

Angebote, die nicht frist- und formgerecht eingehen, werden ausgeschlossen. Der Auftraggeber wendet die Bestimmungen des Sächs. Vergabegesetzes in Verbindung mit der VOL/A an.

Der öffentliche Auftrag wird an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht nach den §§ 123 und 124 GWB ausgeschlossen werden. Ein Bewerber ist geeignet, wenn er die Eignungskriterien (Zuverlässigkeit; wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit; technische und berufliche Leistungsfähigkeit) erfüllt (vgl. § 122 GWB).

Etwaige Änderungen bzw. Berichtigungen des Angebotes sind bis zum Ende der Angebotsfrist in entsprechender Form wie das Angebot einzureichen. Bis zum Ende der Bewerbungsfrist kann das Angebot schriftlich zurückgezogen werden. Danach sind Sie bis zum Ablauf der genannten Bindefrist an Ihre Angaben gebunden.

Bietergemeinschaften haben sämtliche Mitglieder der Bietergemeinschaft sowie deren bevollmächtigten Vertreter/ bevollmächtigte Vertreterin zu benennen. Sofern sich ein Bewerber/ eine Bewerberin zum Nachweis seiner/ ihrer Eignung (Eignungsleihe) auf die Kapazitäten eines Unterauftragnehmers/ einer Unterauftragnehmerin beruft, hat er/ sie die geforderten Nachweise auch für das betreffende Unternehmen vorzulegen.

Die Vergabeunterlagen dürfen nur zur Erstellung eines Angebotes und ggf. zur Erfüllung des Auftrages verwendet werden. Jede Nutzung für andere Zwecke ist untersagt. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist nur mit ausdrücklicher schriftlicher Genehmigung des Auftraggebers zulässig. Wird kein Angebot oder Antrag abgegeben, so sind die Vergabeunterlagen in eigener Zuständigkeit zu vernichten.

Für die Erstellung der Bewerbungs- und Angebotsunterlagen werden keine Kosten erstattet.

6.3. Fristen

Frist für Bieterfragen	02.08.2024
Ende der Angebots-/ Bewerbungsfrist	12.08.2024, 12:00 Uhr
Ende der Zuschlagsfrist	26.08.2024, 23:59 Uhr
Ende der Bindefrist	30.08.2024, 23:59 Uhr
Dauer des Vertrages	Ab Zuschlagserteilung bis 18.12.2024

6.4. Vergabeverfahren, Angebotsauswertung und Zuschlagskriterien

Auftragsvergabestelle:

Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH
Elisabethstraße 40
02826 Görlitz

Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung gemäß § 3 VOL/A mit ausschließlich elektronischer Kommunikation, Angebotsabgabe und Bewerbung. Bis zur Angebotsabgabe erfolgt die Kommunikation ausschließlich über eVergabe, anschließend kann der Kontakt weiter via E-Mail kommunizieren.

Nebenangebote:

Es sind keine Nebenangebote zugelassen.

Angebotsauswertung:

Die Angebotsauswertung erfolgt über eine Punktbewertungsmatrix. Nach dem Eingang aller Angebote werden zunächst Ausschlusskriterien überprüft. Anschließend erfolgt die Bewertung aller Angebote.

- Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot. Die Ausschluss-, Eignungs- und Zuschlagskriterien werden in Anlage 6 ersichtlich.

Bewertungskriterien:

In die Bewertung der Angebote fließen folgende Zuschlagskriterien ein:

40 % fachliche Kenntnisse des Anbieters

- Nachweis von Kenntnissen in ländlichen Regionen, insb. mit Themenschwerpunkten Mobilität/ Logistik/ Nahversorgung mittels mind. 2 Referenzprojekten
- Nachweis von Erfahrungen in Konzeption (oder Entwicklung, Umsetzung) von Projekten mit Themenschwerpunkten Mobilität/ Logistik/ Nahversorgung mittels mind. 2 Referenzprojekten
- Nachweis über fachliche Kenntnisse; Zusammensetzung und Benennung des Teams, sowie deren Qualifikation und Funktion im Projekt

30 % Qualität Konzept und Angebotsinhalte

- Verständlichkeit, Nachvollziehbarkeit, Stimmigkeit des Konzepts (u.a. Arbeitspaketstruktur, Zeitplan, Kostenpositionen)
- Kreativität und Innovationsgehalt der mit dem Angebot dargestellten Herangehensweise

30 % Gesamtangebotspreis (Netto und Brutto) unter separater Ausweisung der Nebenkosten und Aufgliederung des Angebotspreises

Das Angebot soll so aufgebaut sein, dass für den Auftraggeber klar erkennbar und bewertbar ist, welche Kosten für die einzelnen Positionen der Ausschreibung anfallen.

In der Anlage 6 „Bewertungsmatrix“ ist das Bewertungsschema nochmal grafisch dargestellt und enthält außerdem Informationen zu der erforderlichen Mindestpunktzahl.

6.5. Vergütung

Bis spätestens zum 18.12.2024 bzw. zum Ende des Projektes ist die Schlussrechnung der Gesamtleistung zu stellen. Dafür ist ein Foliensatz mit den erarbeiteten Ergebnissen vorzulegen. Der offene Betrag wird nach Abgabe des Strategie- und Umsetzungspapiers nach Ende der Projektlaufzeit ausgezahlt. Teilrechnungen sind nach Absprache möglich.

Das finanzielle Angebot umfasst einen Festpreis für die gesamte Leistung und ist brutto in Euro, Bruchteile in vollen Cent (zwei Stellen nach dem Komma) anzugeben.

In dem Festpreis sind alle Nebenkosten (wie z.B. Reisekosten, Wegezeiten, erforderliche Abstimmungs- und Arbeitsgespräche, Gebühren für Arbeitsmaterial u.ä.) einzukalkulieren und entsprechend auszuweisen.

Die ausgeschriebene Leistung wird durch Fördermittel des BMWK aus dem Programm „STARK“ (Stärkung der Transformationsdynamik und Aufbruch in den Revieren und an den Kohlekraftwerkstandorten) im Rahmen des Projektes „Multiprojektmanagement Strukturwandel im Landkreis Görlitz – Strukturwandel-Task-Force“ finanziert. Für die Leistung stehen 140.000 € (brutto) zur Verfügung.

6.6. Vertragsgrundlagen

Vertragsgrundlage ist das Angebot des Auftragnehmers, einschließlich aller Anlagen, sowie die Vergabeunterlagen des Auftraggebers. Darüber hinaus gelten die Allgemeinen Bedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B), soweit nichts anderes vereinbart ist. Die Bewerber dürfen ihrem Teilnahmeantrag keine eigenen Vertragsbedingungen zugrunde legen.

6.7. Nutzungsrechte

Der Auftragnehmer überträgt dem Auftraggeber ein zeitlich und räumlich uneingeschränktes Nutzungsrecht. Die Arbeitsergebnisse und die Rechte an diesen gehen auf den Auftraggeber über.

6.8. Erforderliche Nachweise und Erklärungen

Anlagen:

- Anlage 1 - Vordruck Eigenerklärung
- Anlage 2 - Vordruck Erklärung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz bzw. Mindestlohngesetz
- Anlage 3 - Vordruck zu Haftpflicht und Umsatz
- Anlage 4 - Vordruck Verpflichtungserklärung Nachunternehmer
- Anlage 5 - Vordruck Erklärung der Bietergemeinschaft
- Anlage 6 - Bewertungsmatrix

Mit dem Angebot sind auf gesonderten Anlagen folgende Unterlagen vorzulegen (Abschließende Auflistung; Unterlagen zur Eignung des Bieters sind bei Bietergemeinschaften von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft auszufüllen)

- (1) Übersicht und Kurzbeschreibung über die in den letzten 3 Jahren geleisteten Arbeiten, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind (Beschreibung des Auftragsgegenstands).
- (2) Angabe der Namen und der beruflichen Qualifikation der Personen, die im Falle eines Zuschlags für den Auftrag zuständig sein werden. Darstellung der Projekterfahrung dieser Personen.
- (3) Eigenerklärung auf Anlage 1 (Die Vergabestelle akzeptiert auch die Verwendung des Vordruckes der „Einheitlichen europäischen Eigenerklärung“ (EEE) nach Durchführungsverordnung (EU) 2016/7 zur EU-Richtlinie 2014/24/EU)
- (4) Erklärung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz beziehungsweise Mindestlohngesetz (Anlage 2)
- (5) Erklärung zur Betriebshaftpflicht und zum Jahresumsatz auf Anlage 3
- (6) Nachauftragnehmerverzeichnis zur Eignungsleihe (Anlage 4)*
- (7) Erklärung einer Bietergemeinschaft auf Anlage 5)* Benennung welches Mitglied welche Aufgaben und Themenstellungen übernimmt

Mit * gekennzeichnete Anlagen sind nur bei Bedarf auszufüllen.

Anlage 1 - Vordruck Eigenerklärung

Eigenerklärung zu den §§ 123, 124 GWB

1. Der Bewerber/ die Bewerberin/ das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/ der Unterauftragnehmer/die Unterauftragnehmerin erklärt, dass er/ sie nicht von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren auszuschließen ist, weil eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- § 129 des Strafgesetzbuches (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuches (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b des Strafgesetzbuches (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland) (§ 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB).
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen (§ 123 Abs. 1 Nr. 2 GWB).
- § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte) (§ 123 Abs. 1 Nr. 3 GWB).
- § 263 des Strafgesetzbuches (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden (§ 123 Abs. 1 Nr. 4 GWB).
- § 264 des Strafgesetzbuches (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden (§ 123 Abs. 1 Nr. 5 GWB).
- § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr) (§ 123 Abs. 1 Nr. 6 GWB).
- § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) (§ 123 Abs. 1 Nr. 7 GWB).
- §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete) (§ 123 Abs. 1 Nr. 8 GWB).
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) (§ 123 Abs. 1 Nr. 9 GWB).
- §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels) (§ 123 Abs. 1 Nr. 9 GWB).

Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich (§ 123 Abs. 2 GWB). Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung (§ 123 Abs. 3 GWB).

2. Der Bewerber/die Bewerberin/das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/der Unterauftragnehmer/die Unterauftragnehmerin erklärt, dass die Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt wurden (§ 123 Abs. 4 GWB).

3. Der Bewerber/die Bewerberin/das Mitglied der Bewerbergemeinschaft/der Unterauftragnehmer/die Unterauftragnehmerin erklärt, dass keiner der in § 124 GWB genannten Fälle vorliegt, der einen Ausschluss eines Bewerbers/einer Bewerberin zur Teilnahme an einem öffentlichen Vergabeverfahren nach sich ziehen könnte.

- Er/Sie hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB).
- Er/Sie ist zahlungsfähig und es wurde über sein/ihr Vermögen kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet, keine Eröffnung beantragt oder keiner dieser Anträge mangels Masse abgelehnt, er/sie befindet sich nicht in Liquidation oder hat seine/ihre Tätigkeit nicht eingestellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB).
- Er/Sie hat im Rahmen seiner/ihrer beruflichen Tätigkeit nachweislich keine schwere Verfehlung begangen, die seine/ihre Integrität als Bewerber/Bewerberin in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB).
- Er/Sie hat mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).
- Er/Sie unterliegt keinem Interessenskonflikt aufgrund der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB).
- Er/Sie hat keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt, welches zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB).
- Er/Sie hat in Bezug auf Ausschlussgründe und/oder Eignungskriterien keine schwer-wiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten und ist in der Lage die erforderlichen Nachweise zu übermitteln (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB).
- Er/Sie hat nicht versucht, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, oder vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die er/sie unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte (§ 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. a),b) GWB).
- Er/Sie hat nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder solche Informationen zu übermitteln versucht (§ 124 Abs. 1 Nr. 9 lit. c) GWB).

Der Bewerber/die Bewerberin/das Mitglied der Bergergemeinschaft/der Unterauftrag-nehmer/die Unterauftragnehmerin erklärt, dass für das Unternehmen sowie seine geschäftsführenden Personen.

keine Eintragungen im Gewerbezentralregister (§ 149 Abs. 2 GewO) enthalten sind. **

Eintragungen im Gewerbezentralregister (§ 149 Abs. 2 GewO) enthalten sind. **

Diese lauten wie folgt (bitte in einer Anlage aufführen)

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift/ Stempel

) * = Personen, die berechtigt sind, das gesamte Unternehmen zu vertreten.

) ** = zutreffendes ankreuzen

Anlage 2 - Erklärung nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz bzw. Mindestlohngesetz

Erklärung

im Zusammenhang mit dem Ausschluss von der Vergabe Öffentlicher Aufträge

- nach § 21 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeitnehmer-Entsendegesetz - AEntG) sowie
- nach § 19 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG)

Ich/ Wir erklären, dass weder mein/ unser Unternehmen noch Angehörige des Unternehmens im Zusammenhang mit der Tätigkeit für das Unternehmen:

- wegen eines Verstoßes nach § 23 Arbeitnehmer-Entsendegesetz mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro oder
- wegen eines Verstoßes nach § 21 Mindestlohngesetz mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro

belegt worden sind.

Straf- oder Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen die benannten Gesetze sind gegen mich/ uns nicht anhängig.

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, dass ein Nachunternehmer/Verleiher im Rahmen dieses Auftrages nur beauftragt werden kann, wenn dieser eine gleichlautende Erklärung abgibt.

Ich/ Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Abgabe der vorstehenden Erklärung meinen/ unseren Ausschluss von diesem und weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift/ Stempel

Anlage 3 - Vordruck zu Haftpflicht und Umsatz

Eigenklärung zur Betriebshaftpflichtversicherung und zum Jahresumsatz

.....
Name des sich Erklärenden

- Ich erkläre/ Wir erklären, dass ich/ wir über eine Betriebshaftpflichtversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen verfüge/ verfügen:
- 1,5 Millionen € bei Personenschäden
 - 1,0 Millionen € bei Sach- und Vermögensschäden

Versicherungsgesellschaft:
oder

- Ich erkläre/ Wir erklären, dass ich/ wir über die Bestätigung der nachgenannten Versicherungsgesellschaft verfüge/ verfügen eine Betriebshaftpflichtversicherung mit den o.g. Mindestdeckungssummen im Falle des Zuschlages abschließen oder erweitern zu können.

Versicherungsgesellschaft:

Darüber hinaus erkläre/n ich/ wir, dass ich/ wir im Zuschlagsfall mit in Kraft treten des Vertrags einen Nachweis über das Vorliegen dieser gültigen Betriebshaftpflichtversicherung unaufgefordert innerhalb von vier Wochen vorlegen werde/ werden.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift/ Stempel

Ich erkläre/ Wir erklären einen Jahresumsatz im Geschäftsbereich 2021 von

.....
und einen Jahresumsatz im Geschäftsbereich 2022 von

.....
erzielt zu haben.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift/ Stempel

Anlage 4 - Vordruck Verpflichtungserklärung Nachunternehmer

Verpflichtungserklärung

bei Leistungen durch andere Unternehmer (Nachunternehmer)

Erklärung zum Angebot des Bieters

Name und Anschrift des Bieters, für den die Leistung erbracht werden soll:

.....
.....
.....
.....

Vorgesehene Leistungserbringung durch den Nachunternehmer (in Kurzform):

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Wir verpflichten uns, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bieter die aufgeführten Leistungen zu erbringen, für die unser Unternehmen als Leistungserbringer vom Bieter vorgesehen ist. Alle dafür erforderlichen personellen, sachlichen, finanziellen und sonstigen Mittel stellen wir zur Verfügung.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift/ Stempel

Anlage 5 - Vordruck Erklärung der Bietergemeinschaft

Erklärung der Bietergemeinschaft (vom Bieter bei Bedarf auszufüllen)

Wir, die nachstehend aufgeführten Firmen,

Mitglied 1

Mitglied 2

Mitglied 3

Mitglied 4

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Bietergemeinschaft zu bilden.

Bevollmächtigter Vertreter:

Telefonnummer:

Faxnummer:

E-Mail-Adresse:

(Falls eigener Name der Bietergemeinschaft, bitte eintragen):

.....

Wir erklären, dass

- Der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift/ Stempel Mitglied 1

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift/ Stempel Mitglied 2

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift/ Stempel Mitglied 3

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift/ Stempel Mitglied 4

Anlage 6 – Bewertungsmatrix

Bewertungsmatrix – Vergabe „Verbesserung der Nahversorgung und Erreichbarkeit durch Nachnutzung zentraler leerstehender Gebäude im Landkreis Görlitz“

Ausschluss- und Eignungskriterien

Ausschlusskriterien										
1	Ausschlusskriterien	Ja	Nein	Begründung bei Ausschluss	Ja	Nein	Begründung bei Ausschluss	Ja	Nein	Begründung bei Ausschluss
1.1	Vollständigkeit der Bewerbungsunterlagen und fristgerechter Eingang									
1.2	Erklärungen und Nachweise in verlangter Form erbracht									
Ergebnis zum Ausschluss										

Keine weitere Berücksichtigung des Bieters bei Nichteignung in vorgenannten Punkten.

Zuschlagskriterien

Zuschlagskriterium		Wichtig- keit in %	Mögliche Pkt.	0		0	
				erreichte Pkt.	gew. Pkt.	erreichte Pkt.	gew. Pkt.
1. Fachliche Eignung & Konzept		40			0		0,0
1.1 Nachweis von Kenntnissen in ländlichen Regionen, insb. mit Themenschwerpunkten Mobilität/ Logistik/ Nahversorgung	Referenzprojekt 1	7,5	0-10		0		0,0
	Referenzprojekt 2	7,5	0-10		0		0,0
	Begründung						
1.2 Nachweis von Erfahrungen in Konzeption (oder Entwicklung, Umsetzung) von Projekten mit Themenschwerpunkten Mobilität/ Logistik/ Nahversorgung	Referenzprojekt 1	7,5	0-10		0		0
	Referenzprojekt 2	7,5	0-10		0		0
	Begründung						
1.3 Nachweis über fachliche Kenntnisse; Zusammensetzung und Benennung des Teams, sowie deren Qualifikation und Funktion im Projekt		10	0-10		0		0
	Begründung						
2 Qualität des Konzepts und Angebotsinhalte		30			0		0,0
2.1 Verständlichkeit, Nachvollziehbarkeit, Stimmigkeit des Konzeptes (u.a. Arbeitspaketstruktur, Zeitplan, Kostenpositionen)		15	0-10		0		0,0
2.2 Kreativität und Innovationsgehalt der mit dem Angebot dargestellten Herangehensweise		15	0-10		0		0,0
3 Bewertung der Angebotssumme		30					
3.1 geringster Preis / Preis (netto)		30					
Gesamtergebnis gewichtet		100					
Platzierung							

Folgende Mindestpunktzahl ist bei der fachlichen Eignung erforderlich:

Fachliche Eignung/ nachweisbare Referenzprojekte (pro Projekt): 4

Qualität Konzept und Angebotsinhalte jeweils (pro Kriterium): 4

Ist die Mindestpunktzahl unterschritten, wird das Angebot von der Wertung ausgeschlossen.